Heute „Technische Rundschau"

Morgen-Ausgabe

Einzel-Nummer 20 Pfennig.

Erscheint wöchentlich zweimal. Illustrierte Gratis-Wochenschriften: „Der Weltspiegel", „Modenspiegel" mit „Kunstspiegel", „Technische Rundschau", „Sportspiegel", „Ulk", „Haus und Garten" mit „Jugendspiegel", „Jede Woche Musik". Bezugspreis: wöchentl. 1.25, monatl. 3.50 RM. Postbezug. Zustellung durch die Postanstalt, im voraus zahlbar; durch die Post 5.50 RM. monatl. exkl. Zustellung. Ausland ausschl. Postaufschlag bzw. Kreuzbandporto. Auslands-Bezug durch d. Hauptexped. u. die Postanstalten in Oesterreich, Tschechoslowakei, Ungarn, d. Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten nur durch Kreuzband. Anzeigenpreis: Die 12gespaltene Zeile 1.20 RM. Die Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet.

Chefredakteur: Theodor Wolff in Berlin.

Anzeigen- und Abonnements-Annahme in Groß-Berlin: Hauptexpedition SW. 19, Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: Leipziger Straße 135; Potsdamer Straße 33; Zimmerstraße 89; Königstraße 56/57; Rosenthaler Straße 40; Schönhauser Allee 144; Moritzplatz; Köpenicker Straße 67/68; Rathenower Straße 3; Turmstraße 61; Schiffbauerdamm 4; Kochhannstraße 9; Große Frankfurter Straße 101; Frankfurter Allee 286 und 866; Wilhelmstraße 69; Fidicinstraße 9; Warrer Straße 1/6; Greifswalder Straße 197; Prenzlauer Allee 1; Müllerstr. 155; Badstr. 61; Rheinsberger Str. 79; Charlottenburg: Tauentzienstr. 2; Kantstraße 34; Scharrenstr. 39; Nürnberger Str. 25/26; Kaiserdamm 20; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee: Grunewald: Henriettenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carstr. 1/2; Reinickstr. 1; Berliner Str. 41; Hermannstr. 30/94; Kaiser-Friedrich-Str. 247/248; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 20/24; Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berliner Str. 121; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Reginstr. 7; Weißensee: Streustr. 126; Wilmersdorf: Uhlandstr. 88; Kaiserplatz 13. In der Provinz: Brandenburg a. d. H.: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 21/22; Cöpenick: Schloßstr. 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschöneweide: Brückenstr. 22; Potsdam: Brandenburger Str. 20; Spandau: Breite Str. 47; Stettin: Mönchenstr. 34.

Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Nr. 522 Ausgabe für Berlin

54. Jahrgang Mittwoch, 4. November 1925

# Der Beschluß der Regierungsparteien.

## „Die Deutschnationalen haben sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung selbst ausgeschlossen."

### Die gestrige Konferenz beim Kanzler.

**Uebereinstimmende und nachdrückliche Mißbilligung des „voreiligen Verhaltens" der Deutschnationalen. — Zunächst keine weiteren Verhandlungen Dr. Luthers.**

In der gestrigen Besprechung mit Reichskanzler Dr. Luther haben die im Rumpfkabinett vertretenen Parteien sich dahin geeinigt, **vorläufig die Verantwortung für die Regierungspolitik allein zu tragen.** Der Kanzler will von sich aus deshalb mit den übrigen Parteiführern, der Demokraten und Sozialdemokraten, eine Fühlung nehmen. In den Beratungen kam man aber überein, daß die an den Besprechungen beteiligten Parteien von sich aus mit den benachbarten Fraktionen in Verbindung treten sollen, um diese zu einer Stellungnahme zu veranlassen. Es bleibt abzuwarten, ob die Vertreter der übrigen Fraktionen sich ihrerseits nunmehr mit dem Kanzler in Verbindung setzen werden, der offenbar die Entscheidung des Auslandes abwarten will, bis in Paris und London über die Rückwirkungen eine klare Situation geschaffen ist. Vom Wolffschen Telegraphenbureau wird über die gestrige Besprechung folgender amtlicher Bericht herausgegeben:

„Heute fand unter Vorsitz des Reichskanzlers sowie unter Teilnahme der Reichsminister Dr. Brauns, Stingl und Dr. Stresemann eine Aussprache mit den Vertretern der in der Regierung durch Vertrauensmänner vertretenen Parteien statt. An der Aussprache nahmen teil von der Zentrumspartei die Abgeordneten Fehrenbach, Marx und Stegerwald, von der Deutschen Volkspartei Abgeordneter Dr. Scholz, Dr. Curtius und Kempes, von der Bayerischen Volkspartei der Abgeordnete Leicht.

Die eingehenden Erörterungen ergaben eine allgemeine Uebereinstimmung in der Beurteilung der politischen Lage. Die Vertreter der Parteien waren mit der Reichsregierung darüber einig, daß die Schaffung der Grundlage für die endgültige Entscheidung über das Werk von Locarno die beherrschende Frage der Gesamtpolitik ist, hinter der alle Fragen jetzt zurückzutreten haben. Die Vertreter der Parteien billigten die infolge des Austritts der deutschnationalen Minister getroffenen Maßnahmen zur Weiterführung der Regierung.

Es herrschte **allgemeine Uebereinstimmung darüber, daß die Deutschnationale Partei, deren voreiliges Verhalten um des deutschen Gesamtschicksals willen nachdrücklich mißbilligt wurde, sich von der weiteren Teilnahme an der Regierung dadurch selbst ausgeschlossen hat.**

Die Vertreter der Parteien gaben ferner der Auffassung Ausdruck, daß eine Einberufung des Reichstags im Laufe des Monats November erst möglich ist, wenn ein erschöpfender Tatbestand über das Werk von Locarno und seine Rückwirkungen in gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet werden kann."

*

Die Bedeutung dieser Darstellung liegt in erster Linie in der entschiedenen Stellungnahme der jetzigen Regierungsparteien gegen das von den Deutschnationalen beliebte Verfahren. Deren Flucht vor der Verantwortung wird einmütig verurteilt und als voreilig gekennzeichnet. Damit machen sich die Regierungsparteien geschlossen den schwersten Vorwurf zu eigen, den man gegen die Deutschnationalen erhoben hat: daß sie aus bloßem Parteiinteresse gehandelt haben. Sie haben nicht gewartet, bis das Ergebnis der Verhandlungen über die Rückwirkungen vorlag, das allein erst ein begründetes Urteil über die Abmachungen von Locarno ermöglicht. Auch hatten zunächst den Willen dazu, aber dann kam ihre Courage", dann traten die Vorsitzenden ihrer Landesorganisationen zusammen, und den Herren Schiele und Westarp, die sich zunächst durchaus einsichtsvoll verhalten hatten, wurde eine andere Meinung vorgeschrieben. Es ist nur natürlich, daß die jetzt die Regierung stützenden Parteien dieses verantwortungslose Verhalten verurteilen und den Deutschnationalen bescheinigen, daß sie sich dadurch selbst aus den Kombinationen für die Regierungsmehrheit ausgeschaltet haben. Die Verhandlungen nach links sollen fürs erste nun interfraktionell geführt werden. Der Kanzler selbst will sich nicht daran beteiligen. Es wäre vielleicht zu wünschen gewesen, daß er auch hierin die Initiative ergriffen hätte. Aber wenn er darauf verzichtet, wird man erwarten dürfen, daß die weiteren Besprechungen in den nächsten Tagen von den beteiligten Parteien mit möglichster Beschleunigung betrieben werden, da die Zeit drängt und die Entscheidung herbeigeführt werden muß.

### Die vier Bedingungen der Demokraten.

**Der Parteivorstand verlangt einen neuen Kurs.**

Der Parteivorstand der Deutschen demokratischen Partei trat gestern nachmittag 3 Uhr im Reichstagsgebäude zu einer Sitzung zusammen, die überaus stark aus allen Teilen des Reiches besucht war. Das einleitende Referat hielt Abgeordneter Reichsminister a. D. Koch, der vor allem über seine Besprechung mit Reichskanzler Dr. Luther sowie über die gesamte politische Lage berichtete, wie sie sich durch den Austritt der Deutschnationalen neu gestaltet hat. An das Referat schloß sich eine lebhafte Debatte, die sich mit allen aktuellen Fragen und insbesondere mit der Frage der Neubildung der Reichsregierung, der eventuellen Auflösung des Reichstags und den Koalitionsmöglichkeiten beschäftigte. Die Aussprache führte zu einer völligen Uebereinstimmung, die ihren Ausdruck in folgender Entschließung fand:

**„Der Parteivorstand billigt die Haltung des Parteivorsitzenden zur außen- und innenpolitischen Entwicklung und erklärt sich nur mit einer Lösung der Krise durch eine Regierung einverstanden, die**

**1. die Annahme des Vertrages von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Rückwirkungen abhängig macht;**

**2. sich für eine ehrliche Durchführung der Politik von Locarno und eine Annäherung der europäischen Staaten einsetzt;**

**3. eine Innenpolitik gewährleistet, die der Festigung der Republik dient;**

**4. sich auf die Parteien stützt, die diese Außen- und Innenpolitik entschlossen mitmachen."**

*

Durch diese Entschließung der Demokraten ist die augenblickliche Lage klar gekennzeichnet: Falls durch Eintritt der „Rückwirkungen" die Annahme des Vertrages ermöglicht wird, ist eine Neubildung der Regierung notwendig, und zwar durch die Parteien, die eine ehrliche Verständigungspolitik nach außen und eine entschlossene republikanische Politik nach innen wollen. Jeder andere Weg würde die Krise nicht lösen, sondern verschärfen. Ob eine Koalition mit diesem neuen Kurs im jetzigen Reichstag zu erreichen oder die Auflösung des Parlaments herbeizuführen ist, wird sich vermutlich schon in den nächsten Tagen ergeben.

### Das „Ja" des Ministers Schiele.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**Hamburg**, 3. November.

Zu der im „Berliner Tageblatt" gemachten Mitteilung von dem „lauten, freudigen Ja" des Ministers Schiele zum Locarno-Vertrag erfährt der deutschvolksparteiliche „Hamburger Korrespondent" aus eigener Information noch eine interessante Einzelheit. **Als Herr Schiele sich nach seinem Rücktritt im Kabinett verabschiedete, habe er vor Schluchzen nicht sprechen können und es auf das tiefste bedauert, daß die Fraktion dem Druck der Heißsporne und unverantwortlichen Landesverbandsvorsitzenden nachgegeben hätte.**

(Siehe auch Seite 3.)

### Vertrauensvotum für Painlevé.

**Mit 221 gegen 189 Stimmen angenommen.**

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

**Paris**, 3. November.

**Nachdem die Debatte über die allgemeine Politik der Regierung (über die wir auf der vierten Seite ausführlich berichten. Die Red.) geschlossen war, brachten die Abgeordneten Cazals, André Hesse, Aubriot und Paul Morel folgende, von Painlevé gebilligte Tagesordnung ein: „Die Kammer billigt die Erklärung der Regierung und hat das Vertrauen zu ihr, daß sie in vollem Einverständnis mit der republikanischen Mehrheit eine Politik des Friedens und der finanziellen Sanierung durchführen wird. Sie lehnt jede Hinzufügung ab und geht zur Tagesordnung über." Die Tagesordnung Cazals wurde mit 221 zu 189 Stimmen angenommen.**

### Berlin und der Finanzausgleich.

**Novelle zum preußischen Finanzausgleich.**

Von (Nachdruck verboten.)

**Dr. Lange,**
Generalsteuerdirektor der Stadt Berlin.

Man begegnet vielfach der Ansicht, daß das Finanzausgleichsgesetz, das die Beteiligung von Reich, Ländern und Gemeinden an den verschiedenen Steuern regelt, für den einzelnen Bürger kein Interesse habe, weil es sich um eine Angelegenheit handele, die nur die beteiligten Steuergläubiger angehe. Den einzelnen Bürger interessiere nur die Gestaltung der Steuergesetze, die Höhe der Steuerlast, die ihm durch Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Gewerbesteuer usw. auferlegt wird. In Wirklichkeit ist die Gestaltung des Finanzausgleichs auch für den einzelnen von sehr erheblicher Bedeutung, weil sie sich für ihn praktisch durch Erhöhung oder Verminderung der Gemeindesteuern sehr fühlbar auswirken kann. Aus diesem Gesichtspunkte ist der soeben dem Landtag zugegangene Entwurf einer Novelle zum preußischen Ausführungsgesetz über den Finanzausgleich gerade für die Berliner Bevölkerung von ganz besonderer Tragweite.

Die reichsgesetzliche Regelung über die Beteiligungen an den Steuern, die zuletzt durch die Novelle zum Finanzausgleich vom 10. August 1925 einschneidende Aenderungen erfahren hat, bestimmt in der Hauptsache nur das Verhältnis vom Reich zu den Ländern. Die Unterverteilung der den Ländern zugewiesenen Reichssteueranteile und eigenen Steuern zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden erfolgt durch die Landesgesetzgebung. Bekanntlich hat schon die Reichssteuerreform vom Sommer dieses Jahres die Länder und Gemeinden in ihren Einnahmen erheblich eingeschränkt. Ihr Anteil an der Reichseinkommensteuer und Körperschaftssteuer ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1925 von 90 Prozent auf 75 Prozent des Aufkommens herabgesetzt worden und wird außerdem durch die Senkung der Einkommensteuer selbst stark beeinflußt. Die gleichzeitige Erhöhung des Steueranteils an der Umsatzsteuer von 20 Prozent auf 35 Prozent konnte den Ausfall nur zu einem Teil decken und ist durch die nachträgliche Senkung des Steuersatzes bei der Umsatzsteuer von 1½ Prozent auf 1 Prozent weiter in seiner Wirkung vermindert worden, wenn auch die Zubilligung einer Garantie für die Berechnung der Anteile nach einem Umsatzsteueraufkommen von mindestens 1500 Millionen dem Sinken des Umsatzsteueranteils von Ländern und Gemeinden wenigstens eine Grenze gesetzt hat. Jedenfalls haben die Länder und Gemeinden bereits durch den neuen Reichsfinanzausgleich eine erhebliche Minderung ihrer Einnahmen erfahren. Diese Minderung würde nach der bisher in Preußen geltenden Regelung über die Beteiligung der Gemeinden für die Stadt Berlin bei der Einkommensteuer für das laufende Halbjahr etwa neun Millionen betragen gegenüber einer Mehreinnahme aus der Umsatzsteuer von etwa fünf Millionen.

Nunmehr droht durch die Novelle zum preußischen Ausführungsgesetz die Gefahr einer weiteren erheblichen Verkürzung der bisherigen Einnahmen der Gemeinden und insbesondere der Stadt Berlin. Im Verhältnis zwischen Land und den Gemeinden in ihrer Gesamtheit will der Entwurf die Verkürzung der Einnahmen durch den neuen Reichsfinanzausgleich fast ganz den Gemeinden aufbürden. Zu diesem Zweck soll die Beteiligung der Gemeinden an dem Landesanteil an der Umsatzsteuer von bisher 60 Prozent auf 50 Prozent herabgesetzt werden. An dem Ausfall an Reichseinkommensteuer und Körperschaftssteuer, der für das zweite Halbjahr des Rechnungsjahres 1925 auf 94,5 Millionen veranschlagt wird, sind an sich Staat und Gemeinden je zur Hälfte beteiligt. Die Mehreinnahmen aus der höheren Beteiligung an der Umsatzsteuer sollen für das Land und die Gemeinden zusammen 67,5 Millionen betragen. Dadurch, daß nun aber der Anteil an der Umsatzsteuer für die Gemeinden auf fünfzig Prozent des Landesanteils herabgesetzt werden soll, ergibt sich, daß von der durch den Reichsfinanzausgleich bedingten Minderung der Einnahmen für das laufende Halbjahr von 27 Millionen der Staat nur 4 Millionen, die Gemeinden dagegen einen Ausfall von 23 Millionen tragen sollen! Diese beabsichtigte Regelung bedeutet für die Stadt Berlin für das laufende Halbjahr einen weiteren Ausfall von 2 Millionen an Umsatzsteuer!

Daneben bringt aber der neue Entwurf eine empfindliche Verkürzung der Einnahmen der Großstädte und insbesondere der Stadt Berlin zugunsten anderer Gemeinden. Die allgemeine Finanzlage der Gemeinden wird heute vielfach verkannt und zu optimistisch beurteilt. Ein derartiger Optimismus, der offenbar immer noch von der ungewöhnlichen Gestaltung der Finanzverhältnisse in Reich, Ländern und Gemeinden im Jahre 1924 herrührt, ist heute jedenfalls nicht mehr berechtigt. Im Gegenteil haben sehr viele Gemeinden schwer zu ringen, um überhaupt die ihnen obliegenden Aufgaben durchführen zu können. Ganz